

Irak verstehen

Von „Eliten“, die nicht regieren können, und von einer herrschenden Klasse, die nicht herrschen kann

Sabah Alnasseri

Keine sehr provokative, wohl aber eine realistische These: Es gibt weder einen Sektener- noch einen Bürgerkrieg im Irak. Indem sie das behaupten, suggerieren die Besatzer: Die Spirale der Gewalt ist hausgemacht, die Verantwortung für den Krieg tragen seine Opfer. Es gibt allerdings einen Konflikt zwischen intern zerstrittenen regierenden „Eliten“ und ihren außerparlamentarischen Widersachern. Die These vom Bürgerkrieg wird gleichermaßen von den regierenden „Eliten“ und den Liberalen in den USA propagiert: Die Regierung versucht dadurch, die Besatzung und die Anwesenheit von immer mehr ausländischen Truppen im Land zu legitimieren. Denn auf der Anwesenheit dieser Kräfte basiert die Machtstellung der „Eliten“. Die Demokraten und deren liberale think-tanks erhoffen sich daraus deren Konsolidierung und bereiten sich für eine mögliche exit-option vor.¹

Es gibt sehr wohl einen Krieg im Irak, und zwar seit März 2003. Dieser Krieg hatte mehrere Etappen und brachte diverse Verschiebungen der Kräfteverhältnisse sowohl innerhalb wie außerhalb des Staatsapparates mit sich. Einige interessante Momente dieser turbulenten Zeit möchte ich nun darstellen.

Als Schlaglicht auf die komplexe Problemlage fange ich mit einem Gesetzentwurf an, der vor kurzem vom irakischen Kabinett angenommen wurde und nun dem Parlament vorliegt, das darüber bis zum 31. Mai abstimmen soll. Falls dieses Gesetz bis dahin nicht angenommen werden sollte, wird es trotz der Ablehnung des Parlaments vom Kabinett in Kraft gesetzt werden. Es ist das „Öl- und Gasgesetz“. Aufgrund des massiven Widerstands, insbesondere seitens der Gewerkschaften und Arbeiterräte gegen das sogenannte PSA (Production Sharing Agreement) und gegen die hohen Profite der multinationalen Konzerne und die Vertragslaufzeiten, wurde der Titel im neuen Entwurf zu „Wohlstand und Produktion“ geändert. Das skandalöse an diesem Gesetz betrifft die Schaffung eines „Bundesöl- und Gasrats“ und eines „unabhängigen Beraterbüros“, die von Irakern und internationalen Experten besetzt werden. Im neuen Gesetzentwurf sind keine Angaben mehr zu Einnahmen oder Prozentsätzen

¹ Leon Hadar (Cato Institut) entwickelte 2005 (Sandstorm, Policy failure in the Middle East) das Konzept eines „konstruktiven Disengagement“. Steven N. Simon (After the Surge. The case of U.S. Military disengagement from Iraq, CSR [Council on Foreign Relations], Nr. 23, Februar 2007) machte eine faule Synthese aus diesem Konzept und den Vorschlägen des Baker-Hamilton-Reports vom Oktober 2006. Bürger- und sektiererischer Krieg ist das beliebte Thema der meisten Artikel von Anthony H. Cordesman (Centre for Strategic & International Studies) seit 2006. Seine Artikel in den Jahren davor beschäftigten sich hauptsächlich mit militärischen und institutionellen Fragen im Irak, mit der Ausnahme von einem Artikel im September 2005 (New Pattern in the Iraqi insurgency: The war for a civil war in Iraq), in welchem er vom ‚Neo-Salafi Extremismus‘ spricht. Dabei bezieht er sich auf Außenseiter, deren Wirksamkeit weder er noch die Experten, die er zitiert, einschätzen können, und die doch hinter dem Bürgerkrieg als Ziel für sich stecken. Es scheint, als ob die liberalen Intellektuellen sich für eine Exit-Strategie für die Demokraten nach 2008 vorbereiten – der Zeitabstand der ‚Disengagement‘ stimmt mit der Zeit der Wahlen im nächsten Jahr in den USA überein.

der Multis vorhanden, wie es noch im ersten Entwurf anvisiert war, wohl aber, dass die Vertragszeit bis zu 30 Jahre sein kann. Dieses Gesetz zu genehmigen würde bedeuten, dass das Parlament einen politischen Selbstmord begeht, indem es die wichtigsten Kompetenzen für Geschäfte mit dem irakischen Öl auf den „Bundesrat für Öl und Gas“ und das „Expertenbüro“ überträgt. Der Rat könnte ohne Zustimmung des Parlaments Vereinbarungen genehmigen und Verträge auf der Basis der PSA abschließen, die sich auf noch zu erschließende Ölfelder beziehen. Und da das Gesetz bewusst den Öl-produzierenden Regionen mehr juristisches Gewicht bei der Vertragsvergabe einräumt als der Zentralregierung – diese ist ohnehin zusammengesetzt aus „Eliten“, die aus den jeweiligen Ölregionen stammen – zerfällt der Irak weiter in das, was ich in einem früheren Beitrag als [Kantonisierung](#) bezeichnet habe.

The Boom and the Bubble

Wie schon nach dem zweiten Golfkrieg im Jahre 1991 sind im Irak seit Beginn des Krieges 2003 mehrere Gruppen, Parteien und Organisationen aktiv geworden. Alte, längst für tot erklärte Kräfte wurden reaktiviert. Kräfte, die unterschiedliche politische Projekte artikulierten und miteinander konkurrierten, Allianzen und Zweckbündnisse eingingen und die politisches und ökonomisches Kapital aus der umkämpften Situation schlagen wollten. Damals wie heute verwandelte sich die anfängliche Euphorie über den Neubeginn schnell in herbe Enttäuschung.

Die Anwesenheit von Besatzungsmächten und ihren Truppen, von internationalen Institutionen und Akteuren und die Vielfalt der politischen Kräfte im Irak haben zur politischen, territorialen und sozio-ökonomischen Fragmentierung des Landes geführt. Die politischen Kräfte im Irak haben generell wenig oder gar keine Erfahrung mit Regierungsverantwortung und dem Umgang mit politischen Institutionen. Meist haben sie ein sehr enges, instrumentelles Staatsverständnis und bleiben deshalb zersplittert. Die wirksamsten dieser Kräfte verfügen in der so genannten Zivilgesellschaft über diverse Machtnetzwerke (tribale, konfessionelle, kommunale, familiäre etc.), sowie über Milizen und paramilitärische Einheiten. Manche diese Akteure waren früher privilegierte Nutznießer des Saddam-Regimes (die Nationalisten um Allawi), profitierten vom Arrangement mit dem Regime (Barazani und Talabani) und/oder repräsentieren reiche und mächtige Familien (Clans) in der irakischen Gesellschaft. Jede dieser Gruppen beansprucht heute die alleinige Vertretung der jeweiligen Teile der irakischen Bevölkerung bzw. erhebt Ansprüche auf einen Teil des Staatsapparates. Der Staat seinerseits verkümmert zu einer Beute partikularer Interessen. Dieser permanente Bewegungskrieg schafft die Existenzbedingungen für einen neuen Staat: eine neo-liberale Diktatur.

Sicherheitspolitik bedeutet im Irak Bewegungsfreiheit für das Kapital und die totale Kontrolle der Menschen: Polizei- und Militärkontrollen, Gefängnisse, Internierungslager, Check-points, Straßensperren, Stacheldraht, Ausgangsverbote, kollektive Verdächtigungen, Verhaftungen etc.

Diese Sicherheitspolitik findet jedoch abseits staatlicher Kontrolle in zunehmend privatisierter Form statt. Neben dem Einsatz von Besatzungstruppen wird auf private Sicherheitsunternehmen, lokale wie regionale Milizen zurückgegriffen, um die Subalternen, vor allem in den städtischen Zentren zu disziplinieren. Die Milizen werden auch gegen politisch unangenehme Konkurrenten, Gewerkschafter, Menschen-

rechtsaktivisten und kritische Journalisten eingesetzt, und darüberhinaus dazu, um wichtige Naturressourcen und Handels- bzw. Logistikrouten abzusichern. In diesem Sinne sind Gangster, Banditen und para-militärische Gruppen durch die regierenden Parteien organisiert und politische Bündnisse mit tribalistischen Kräften geschmiedet worden. Sie sichern die Dominanz der neuen „Eliten“.

Politogramm des Irak

Die wichtigsten politischen Akteure im Irak sind heute Abkömmlinge von mächtigen Familien aus den alten herrschenden Klassen des Landes, die seit der osmanischen Ära bis zum Fall der Monarchie 1958 regierten (z.B. al-Hakim, Barzani, Chaderchi, Chalabi, Khöi, Pachachi, Sadr, Shirazi, Rubaai, al-Saadun u. a.). Dabei handelt es sich hauptsächlich um Familienclans, die dem feudalen, vorrepublikanischen Regime ihren sozialen, ökonomischen und/oder politischen Aufstieg verdankten und heute ihr comeback feiern. In aktuellen politischen Bündnissen zählen deshalb Claninteressen häufig mehr als – wie auch immer konstruierte – religiöse oder ethnische Identitäten. Diese Klassenpolitik nimmt jedoch die Form nationaler, ethnischer, kultureller und/oder konfessioneller Identitätspolitik an. Ein anderer, nationalistisch orientierter Typ politischer Führungsgruppen entstammt der Mittelschicht, die ihren sozialen und politischen Aufstieg dem Saddam-Regime verdankte. Vor allem die ehemaligen Baathisten haben gute Kontakte und Verbindungen zum aufgelösten Sicherheitspersonal, zu den Resten der Baath-Partei in Syrien und im Irak und zu anderen säkularen Kräften wie Kommunisten, Panarabisten, Liberalen etc. Eine dritte Kategorie bilden die Embargo- und Kriegsgewinner, vor allem unter den irakischen Migranten, die von dem Zusammenbruch der Ökonomie während der Embargojahre profitiert und sich enormes Kapital in diversen Formen angeeignet haben. Und schließlich gibt es noch die regionalen Tribalmächte, die ebenfalls bereits unter dem gestürzten Regime aufgestiegen waren.

Zu diesen Kräften kommen noch die neoliberalen Internationalisten: Experten, Techniker, politische und Militärberater, Manager etc., die in die Formierung des inneren Gleichgewichts konstitutiv eingingen und die nach dem jetzigen Stand der Kräfteverhältnisse eine dominante Position innehaben.²

Die Geostrategie der Provinzialisten

Die entfesselten schiitischen Parteien und die zugehörige Identitätspolitik könnten, so die neokonservativen Erwartungen der Bush-Administration, eine weitreichende geopolitische und kulturelle Wirkung über den Irak hinaus entfalten – und somit eine mächtige Konkurrenz zu der prominenten iranischen Doktrin des Wilayat al-Fagih (Herrschaft des Obersten Rechtsgelehrten) als auch zu sunnitisch-wahabitistischen Orientierung auf Saudi-Arabien aufbauen. Najaf und Kerbela könnten, so die Erwartungen von schiitischem Klerus und schiitischen Institutionen, nicht nur als Pilgerwallfahrtsstädte für Millionen Schiiten weltweit fungieren, was einen enormen ökonomischen Aufschwung für die schiitischen Institutionen und deren Klientel in Handel, Dienstleistung, Industrie und Handwerk bedeuten würde, sondern auch die politisch-

² Mit über 2000 Angestellten ist die US-Botschaft in Bagdad die größte der Welt, sie gleicht einer Festung innerhalb der so genannten Grünen Zone. Die irakische Regierung und ihre Institutionen sind mit amerikanischen Experten und Beratern durchdrungen.

kulturelle Stellung des irakischen Klerus stärken. Die gezielte Aufwertung der irakisch-schiitischen Kultur durch eine Interessenidentität zwischen den Besatzungsmächten und den regierenden schiitischen Parteien ist geopolitisch außerdem auch ein Affront gegen nationalistische, sozialistische und panarabistische Kräfte, da diese stets mit dem Sunnitentum assoziiert werden.

Die innovativen diskursiven Konstruktionen „Schiit“ und „Sunni“ sind dabei nichts anders als ideologische Versatzstücke für „Provinzialist“ und „Nationalist“. Die Innovation beruht freilich auf der Kulturalisierung von Politik und der Produktion ethno-identitärer Gemeinplätze. Denn das Problem ist hier, dass den Regierenden, die auf einem imperialen trojanischen Pferd an die Macht kamen, aufgrund des selbst zugeschriebenen, ethnisch-konfessionellen Charakters (kurdisch, schiitisch) die Legitimität eines national-repräsentativen Körpers fehlt. Indem der Konflikt mit dem gestürzten Regime post faktum als ethnisch-konfessionell und nicht als nationaler, politischer Konflikt präsentiert wird – die Opfer des Saddam-Regimes als ausschließlich ethnische und konfessionelle Gruppen – erheben die Regierenden einen exklusiven Anspruch auf ‚ihren‘ Staat.

Dabei wird z.B. mit dem Etikett „Schiit“ eine Identitätspolitik betrieben, die nicht politisch, sondern religiös inszeniert wird. Religion bzw. Konfession erscheinen als die einzige politische Form der Organisation von Herrschaft und der Interessenvertretung. Darin nehmen die religiösen Institutionen, der Klerus und die klerikalen Gruppen, und darin wiederum vor allem die höchsten Würdenträger aus herrschenden, konkurrierenden Familienclans wie al-Hakim und al-Sadr eine zentrale Stellung ein. Schiit wird nicht wie in der Vergangenheit als eine konfessionelle, sondern als eine politische Kategorie gesetzt.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtig offen umkämpften Situation und bedingt durch die wachsende Konkurrenz schiitisch-politischer Gruppen haben sich die religiösen Institutionen und deren Würdenträger inzwischen deutlich politisch positioniert. Sie fungieren durch diverse politisch-kulturelle Praxen als Mehrheitsbeschaffer für regierende, schiitische Parteien. Diese wiederum erhoffen sich von der nominellen schiitischen Mehrheitsbevölkerung eine politische Mehrheit, die sie sich mit Hilfe religiöser Institutionen zu sichern können glauben.

Historischer Wahlsieger?

Vor diesem Hintergrund hatten die irakischen WählerInnen bei den zwei vergangenen Wahlen im Januar und im Dezember 2005 tatsächlich keine Wahl: Die Wahl-Veranstaltung, so wie sie formal (Ablauf und Timing waren durch die provisorische Verfassung von März 2004 vorgeschrieben) und organisatorisch durch „gebombt“ wurde, war ein weiterer Schritt im Rahmen der Institutionalisierung des Bündnisses zwischen der Besatzungsmacht und den kurdischen Kräften sowie der ehemaligen irakischen Exilopposition im Rest des Landes. Denn das Hauptgewicht im Parlament und in der Exekutive haben Parteien (patriotische Union Kurdistan, demokratische Partei Kurdistan und die Allianz, die Einheitsliste der schiitischen Parteien u. a.), die die Repräsentanten der neuen herrschenden Klassen und Gruppen sind. Der Wahlmodus wirkte fraktionierend auf die Kräfteverhältnisse im Parlament und schwächte die Zentralregierung.

Auf diese Weise wurde es für die Regierung so gut wie unmöglich, den Abbau von Militärbasen und Truppenabzug zu fordern. Im Gegenteil, „aus Furcht vor einem Bürgerkrieg“ baten die regierenden „Eliten“ die Besatzungstruppen, „noch eine Weile“ im Land zu bleiben.

Auch die am 15.10.2005 qua „Referendum“ angenommene, so genannte Verfassung – tatsächlich liest sie sich mehr wie ein Anti-Terror-Bekanntnis – ist ein Meisterstück der demokratischen Missachtung, denn diese Verfassung ist in dreierlei Weise in rechtlich-formaler Hinsicht nicht nur bedenklich, sondern illegitim:

1. Die von der so genannten provisorischen Verfassung vom März 2004 vorgeschriebene, formale Frist des Referendums vom 15.8.2005 wurde nicht eingehalten.
2. Der zur öffentlichen Debatte vorgelegte Entwurf bis zum Referendum am 15.10.2005 ist nicht der, der einige Tage vor diesem Termin verabschiedet wurde. Im Entwurf wurden einige Veränderungen vorgenommen, die im ursprünglichen Text nicht enthalten waren.
3. Über diese Veränderungen am Text wurde im Parlament nicht abgestimmt, sondern partikularistisch und klientelistisch dekretiert.

Insofern ist die ganze Veranstaltung rechtlich-formal absurd. Politisch ist das natürlich höchst problematisch, denn immerhin geht es hier um grundsätzliche Fragen der Regierungs- und Staatsbildung, die die Zukunft des Landes und damit die gesamte Region betreffen.

Außerdem ist der Text in einem patriarchalisch-theologischen Duktus verfasst, in dem „das andere Geschlecht“ historisch wie politisch abwesend ist. Die Konstruktion islamische Demokratie ist der Hauptwiderspruch, der den gesamten Text durchzieht und der für Konfliktstoff auf allen Ebenen und in unterschiedlichen Dimensionen sorgt und sorgen wird.

Wie die Verfassung des US-Verwalters Bremer (der Kalif von Bagdad, wie er im Irak genannt wird) ist auch die irakische nur provisorisch, denn nach den Wahlen am 15.12.2005 wurde ein Ausschuss gebildet, der weitere Verfassungsänderungen erarbeiten soll. Über den neuen Entwurf soll dann erneut ein Referendum stattfinden. Der Übergang in Permanenz ist der politischen Situation also immanent.

Des Kaisers alte Kleider!

Regierungsfähigkeit konnten bislang weder der ehemalige Ministerpräsident Allawi, noch seiner Nachfolger al-Jaafari und schon gar nicht der jetzige al-Maliki unter Beweis stellen. Je mehr die Regierung ihre Handlungs- und Ratlosigkeit demonstriert, desto heftiger wird der Widerstand, desto geringer werden ihre Machtstützpunkte in der von ihr geschaffenen politischen Gemeinschaft sein und desto schneller werden die Anhänger ihre Lager wechseln.

Das Resultat ist das zunehmende Rekurrieren auf Gewalt. Genau dies kennzeichnet die gegenwärtige Phase (mit hunderttausenden von Toten, Verletzten und Verstümmelten, der zunehmenden Migration und den Flüchtlingswellen. Über 2 Millionen Menschen haben den Irak in Richtung Nachbarstaaten verlassen und genau so viel wurden aufgrund des massiven Bombardements der Städte vertrieben bzw. zur Bin-

nenmigration gezwungen, mehr Tonnen an Bomben wurden abgeworfen als im gesamten Vietnamkrieg). Das ist das Resultat von vier Jahren Befreiungsimperialismus.

Bridge over troubled water?

Die gegenwärtige Dreieckskonstellation in der Regierung – PUK, DPK und Allianz – bildet ein verhängnisvolles Gleichgewicht von unzähligen Partikularinteressen, auch mit und durch die Besatzung. So bleibt es dabei: Das Sicherheitsthema, präziser, die Verunsicherung und die Terrorisierung der Bevölkerung ist die Trumpfkarte in den kommenden turbulenten Zeiten der Übergangsphase bis zur nächsten Wahl oder aber einem internen Putsch! Allawi?³

³ Die jetzige al-Maliki-Regierung steht wegen ihrer Führungsschwäche, der maßlosen Korruption, der zunehmenden gesetzmäßigen wie gesetzlosen Gewalt der Milizen etc. unter enormen Druck, so dass sich in den letzten Wochen neue Fronten unter säkularen wie religiösen Parteien und unabhängigen Kräften im Parlament bildeten/bilden, die entweder auf einen Vertrauensentzug oder auf ein Umkippen der Regierung hinarbeiten.